

Halleische Zeitung

Sanreszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 182

Jahrgang 213

Abend-Ausgabe Dienstag, 4. Mai
Anzeigepreis: Die Sperr. 34 mm breite mmm-Breitengröße 60 A. Die Sperr. 90 mm breite mmm-Breitengröße 250 A. Abon. nach Carl. Zeitungsdruck Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 90. Fernruf 2m: Kurwürd. Nr. 6290
Elementar-Schriftleitung. — Verlaag und Druck von Otto Hübner, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

Die Angehörigen der Großhändler des Wuppertales sind in den Ausstand getreten. Ebenso stellen die Angestellten Schleiers heute die Arbeit ein.

Der Ernährungsminister Dr. Hermes wird nach Köln reisen, um mit den Behörden des besetzten Gebietes dringende Ernährungsfragen zu besprechen.

Die polnischen Vertreter der Abstimmungs-Kommission in Oppeln haben die Stadt unter dem Schutz französischer Truppen verlassen müssen.

Zum Reichswehrminister wurde der Präsident des Reichstages, Weidner, ernannt.

Der französische Kriegsminister Lefebvre ist zurückgetreten.

Die Besetzung der ersten Zone Deutschlands Protest.

(Von unserem h. Sonderberichterstatter) Berlin, 4. Mai.

Wie die „N. Z.“ am Montag“ hört, ist es nunmehr zur Gewissheit geworden, daß die Dänen am morgigen Mittwoch die erste Zone Nord-Schleswigs besetzen werden. Sie machen damit von einem Rechte Gebrauch, das ihnen Artikel 109 des Friedensvertrages einräumt. Gleichwohl hat die deutsche Regierung gegen die Maßnahme, unter denen die Besetzung vor sich gehen soll, Einspruch eingelegt und bis zur Besetzung dieses Grenzgebietes haben alle deutschen Beamten in der ersten Zone, mit Ausnahme der Jollivantsen und der Richter, auf Anweisung der Reichsregierung ihre Tätigkeit eingestellt, so daß von morgen ab in der gesamten ersten Zone kein Post- und Eisenbahnverkehr ruhen wird.

Die neue Drohne der Entente?

(Von unserem h. Sonderberichterstatter) Weisel, 4. Mai.

Aus einer Mitteilung der „Presse-Information“ aus Paris bezogen die Alliierten eine neue Note an Deutschland vor bezüglich des Vorgehens deutscher Truppen südlich der Ruhr. Die Note ist in wenigen Zeilen an die deutsche Regierung abgegangen. Die Entente-Kommission in Deutschland wurde beauftragt, eingehende Berichte über diese Truppenbewegungen hinsichtlich der Ruhr zu erstatten.

Vorbereitungen für Spa

Aachen, 4. Mai.

Die „Ankerpost“ berichtet, daß der belgische Minister des Außen und Bürgermeisters van Spaen erachtet, daß über die Einzelheiten des Empfangs, den die Stadt Spa den alliierten Beobachtern bereiten will, keine Zweifel bestehen.

Köthen, 4. Mai.

„Neuzeitliche“ Kommando“ meldet aus London: Die „Times“ bringt einen Leitartikel über die bevorstehende Konferenz in Spa. Das Wort hat wenig Vertrauen zu der Haltung Lord Georges, der zwar in San Remo von der Haltung der „Times“ erachtet, daß auch nur durch den Druck Frankreichs und hofft, daß die Franzosen inlands sein werden, gegenüber den deutschen Vorschlägen über vorher ausgelegten Pläne zu stellen, worin die Möglichkeit und Gefährlichkeit der Franzosen ebenso gemahnt wie bezüglich sich zeigen. Über jenseitig müssen die Alliierten einen festen Plan haben.

Ein neues Unterabkommen mit dem Reichsminister des Innern über das deutsche Reichsminister des Innern über das Ergebnis der Verhandlungen in San

Das Ergebnis der Verhandlungen in San Remo und insbesondere die Interpretation, welche der Ministerpräsident Millerand in der französischen Kammerlegung diesem Ergebnis gegeben hat, berechtigen keineswegs zu übertriebenen Hoffnungen.

Die Möglichkeit der Ausgestaltung in San Remo und die willkommene Gelegenheit, endlich aus dem fruchtlosen Stadium des Rotenröschels herauszutreten, eine Gelegenheit, die wir schon seit Verfallis anstreben. Ein mündlicher Meinungsaustausch wird, so hoffen wir sicher, die Leiber bei unseren Gegnern nach bestehenden Äußerungen über unseren mangelnden Willen einer lokalen Durchführung des Friedensvertrages zerstreuen. Wir gehen nach Spa in der Hoffnung, daß mit den dortigen Verhandlungen eine neue Ära anfangen wird, in der durch gegenseitiges Verleihen und Wahrung der gegenseitigen Lebensmöglichkeiten und wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Ausführung des Friedensvertrages von Verfallis in die dem allgemeinen Interesse dienenden richtigen Bahnen geführt wird. Jeden Schritt, der auf diesem Wege liegt, sind wir zu gehen bereit. In dieser Richtung möchte ich auch hier und jetzt in einem ernüchterten Stadium gelangenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen einen günstigen Fortschritt. Nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung und gegenseitiger Rücksichtnahme kann die Atmosphäre geschaffen werden, die eine erfrischende Arbeit ermöglicht. Die Erreichung dieses Zieles liegt aber unbedingt voraus, daß alle Hindernisse aus dem Wege geräumt sind, welche dem nationalen Empfinden jedes Volkes, das nach einem auf sich und seine Ehre hält, solche Bündnisse zu schließen geneigt sind. Daher hoffe ich, daß mit der Klärung des Mangates nunmehr befristet der erste Schritt gegenseitiger Verständigung getan wird. Die dazu notwendigen wirtschaftlichen Umgruppierungen werden von uns beschleunigt ausgeführt werden.

Die Verteilung der deutschen Flotte

(Von unserem h. Sonderberichterstatter) Paris, 4. Mai.

Einer Londoner Meldung des „Welt Posten“ zufolge hat der parlamentarische Sekretär der Admiralität im Unterhaus Mitteilungen gemacht über die Verteilung der deutschen Schiffe. London erhält England die Schiffe: Baden, Helgoland, Pommern, Mecklenburg, Weichsel und Nürnberg, sowie 124 Unterseeboote. Frankreich bekommt die Emden und die Thüringen, sowie 88 Unterseeboote. In Italien sollen 7 Unterseeboote, an Japan die Schiffe Odessa, Kasau und Augsburg. Die Vereinigten Staaten erhalten die Schiffe Offiziers und Frankfurt. England hat sich ferner die in Spaa Flot verbleibenden 10 Torpedoschiffe, 6 Schlachtschiffe, 8 leichte Kreuzer, 33 Torpedoschiffe genannt. Die Verteilung der übrigen Schiffe, 15 leichte Kreuzer, 59 Torpedoschiffe und 50 Zerstörerboote hängt von der Wahl ab, die Frankreich und Italien unter den Schiffen treffen, die gemäß des Friedensvertrages von Österreich ausgeliefert werden müssen.

Die Flucht der Polen

Chebn, 4. Mai.

Die überaus erregte Haltung der deutschen Bevölkerung in Oppeln, die auch gegen Anhalt, hat die polnischen Vertreter der Abstimmungs-Kommission und das polnische Konsulat veranlaßt, aus Oppeln abzureisen. Nur unter dem Schutz französischer Truppen gelang es ihnen, das Hotel auf einem Seitenwege zu verlassen, da sich bereits eine anstreifende Menschenmenge angeammelt hatte, welche eine überaus drohende Haltung gegen die polnischen Autoritäten einnahm. In Oppeln waren heute die Geschäfte und Zeitungen der Großpolen geschlossen. Das polnische Konsulat wurde unter dem Schutz französischer Truppen verlassen. Seine Räume waren getrennt als für von der Menge gestürmt worden, mit Haß angefüllt. In allen Stadtteilen kam es zu blutigen Unruhen. In der Nollener Straße wurde ein Pole, der auf die deutsche Bevölkerung geschossen hatte, erschossen.

Breslau, 4. Mai.

Gestern fand eine große Kundgebung in der Ober-Schlesien statt, die folgende telegraphische Kundgebung an Ober-Schlesien richtete:

30000 an einer Kundgebung in der Jahrhunderthalle in Breslau verarmte Ober-Schlesier und Nicht-Ober-Schlesier übermitteln ihrer alten Heimat herliche Grüße mit dem Gebetsinn unüberwindlicher Treue und fordern Euch, Ihr Landsleute in Ober-Schlesien, auf fest und treu zusammenzutreten und durchzuhalten.

Deutsches O.-Schl., 3. Mai.

Im hiesigen Gerichtsbezirk sind einzelne Strafanzeigen, die wegen des Abwehrrechts nicht abgewürdigt werden konnten, daß sie sich an die Unteralliierte Kommission wenden dürften mit dem Gebeten, daß die deutsche Justiz wieder inereuert werde. Da dem Verlangen nicht sofort stattgegeben werden konnte, so haben die Angeklagten die Unteralliierte Kommission der Jellen und ich, so wie aus den Beschlüssen der Ober-Schlesier, die sofort eingeleitet, wurde von dem Strafverfahren Gebrauch und teilte im Gebieten die Ruhe wieder her. Vor dem Gebietsgericht wurde eine große Menschenmenge an dem unter befähigte Polen nahmen eine drohende Haltung gegen die Ober-Schlesier und in unmittelbarer mit dem Gebieten, die aus der Provinz zierten. Kamdants 309 eine französische Wache im Gebieten auf.

Die Anfangsgeleiteten Schlesiens stellen heute die Arbeit ein, da die Mehrheit der Großindustriellen die Kundgebung des Reichsverbandes abzurufen, als Beschleunigung angelegen wird. Der Breslauer Schlesiensrat ist nach Ansicht der Arbeiterbewegung bereits jetzt reaktiv einbildlich.

Die Beamtenschaft und die kommenden Wahlen

(Beilage „Volkstimme“ vom 1. Mai 1920.)

Wie ich bereits in meinen Zeilen am Sonnabend (1. Mai) erwachte, betrifft die Mehrheitssozialdemokratie mit ihren Anhängern, die gleichwohl mit der Beamtenschaft ihrer Stellung zur Landarbeiter-Partei sich bedinglichen, atomischen Plumber Bauertafeln. Kein Interesse für die Beamtenschaft, sondern Wahlmänner. Gerade, als wenn sie die Minderheit dieser meiner Ansicht erweisen wollte, veröffentlicht die „Volkstimme“ einen Artikel aus der Feder des Landrichters Ernst Kauen-Berlin, ausgerechnet zum 1. Mai.

Der bürgerlichen Beamtenfamilien entspringt, die seit langen Generationen dem preussischen Staate in richterlicher, verwaltender oder sonstiger Tätigkeit gedient haben und dadurch seit Jahrhunderten mit dem Schicksal des Staates verknüpft sind, der kann Herrn Kauen nicht das Recht aufreden, die Interessen der Beamtenschaft wahrzunehmen. Wie wenig dieser „Land“richter in Berlin in den Geist des preussischen Staats- und Beamtenums eingebunden ist, zeigt er an mehr als einer Stelle seines Werberartikels für die Sozialdemokratie.

Schon seine Eingangsworte schlagen den Lesenden geradezu ins Gesicht. „Die Beamten waren worden untreu und politisch Staatsbürger zweiter Klasse.“ Unfrei! Das ist unwohl! Aber das andere, „Staatsbürger zweiter Klasse“ sind jetzt Zustände geworden im sozialistischen regierten Staat. Ein Oberpräsident, der nur keine Pflicht hat, soll entlassen werden und der Minister des Innern muß sich von ihm erlösen lassen, daß er sich seinen Untergebenen nur zur Disposition stellen könne. Das haben wir in der Provinz Sachsen erlebt. Wir erleben aber noch ganz andere Sachen. Erleben, daß Landräte, die nicht mit Politik, sondern mit ihrer Arbeit allein sich befassen, die Macht und Ansehen verloren haben und daß zunächst kein Minister sich um sie kümmert. So, wie haben sogar amtliche Beziehungen verloren. Erlebt, indem Beamten mit keineswegs sozialdemokratischer oder auch nur demokratischer Gesinnung Verbesserung und Titel (I) im Ministerium angeboten wurden, einerseits um ihre Sachkunde bei der Restlosgkeit der „Ländereien“ zu benutzen, andererseits um ihren unbenutzten politischen Einfluß auf ihre Berufsgenossen zu brechen. Es gibt aber noch Männer unter den preussischen Beamten, die sich eben nicht belächeln lassen. Das soll ihnen hoch angemessen werden! Um überlegen oder wissen die Beamten der Beamtenschaft ein Recht haben zu finden, nach es heute heißt, Beamter zu sein. Auf oblenende Weisheit, die gesetzlich begründet sind, kommt flugs aus Genossenkreisen die Drohung: Wenn Ihr nicht wollt, wie wir wollen, so bekommt Ihr's mit unserem Genossen-Minister zu tun! Weist wir gleich unmittelbar an den Minister geschrieben und der Beamte, der einen solchen Weisheit gegeben hat, ohne jede Begründung, reaktionärer Minderheiten“ verächtlich. Nun unterläßt selbstverständlich, wie es seine Pflicht ist, der Minister die Sache um best aus Partei-Gründen durchaus nicht immer den gesetzlich handelnden Beamten. Die Folge der unbegründeten Weisheiten ist eine Arbeitsüberlastung, die allmählich untragbar wird. Kurzum, der Beamte wird trotz bester Willensleistung reif zur Pensionierung, da er ja auch dem Minister „verdächtig“ werden muß. Da mag auf die Dauer der Teufel Beamter bleiben; jedenfalls geht der Beamtenschaft das Selbstbewußtsein, das treue Arbeit erzeigt, der Charakter und die innerliche Unbelächlichkeit auf diese Weise verloren. Sie sind ja jetzt rechtlos gemacht, sind jetzt — im Arbeiterort — wahrhaft „Staatsbürger zweiter Klasse“.

„In zweiter Reihe schämt man sich nicht mehr, Protektoren zu heißen.“ Wir wissen längst, daß es das Ziel des Staates ist, um Beamte zu Protektoren zu machen. Daran ändert keine Reformreform etwas; die neuen Säue bleiben meistlich hinter den Rücken von Angestellten ähnlicher Tätigkeitskreise weit zurück! Wer heißt hier Protektoren? Nicht ohne Volksgehülfe, sondern Vertreter der Schicht, die ohne Weis und Exorbitation ist. Ein Protektor ist ein Beamter, dessen Vorkommen sich nicht aus der Weise seiner Geburtssituation emporzählen vermögen, und der selbst unfähig ist, mit seinen Leistungen den sozialen Durchschnitt seiner Volksgenossen zu übertreffen. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß diese Schicht nicht gelegentlich Phänomene hervorbringe; wir haben in unserer Zeit, wir haben in Deutschland genug Beispiele dafür. Trotzdem bleiben diese Erscheinungen Ausnahmen, jene Definition bleibt Regel. Der Beamte entnimmt aber in Preußen entweder dieser seiner Berufsrichtung oder, damit dem Willkürmörder-Vollzug, unermesslich guten Bauertafeln. In zweiter Generation schon brachten es seine Vertreter oft bis zu den höchsten Rängen, der Durchschnitt ebenfalls stetig vielfach weit in eine Volksschicht hinein, die über dem proletarischen Niveau lag. Jetzt soll das mit einem Male alles anders sein: jetzt besteht der sozialistische geleitete Staat; auch die Beamten gebürt in den großen Bürtzelle. Ist Protektoren! Nach Geburt. Beruf. Er.

